Kundgebung der Reichsregierung zur ersten Notverordnung.

Berlin, 14. Juni. Anläßlich der Verkündung der ersten Notverordnung erläßt die Reichsregierung folgenden Aufruf:

Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische, neuaufbauende Maßnahmen zu bekämpfen.

Die Bilanz, die die Regierung vorgefunden hat, zwingt sie, als ersten Schritt vor der Inangriffnahme ihres eigentlichen Programms die Kassenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die Sozialversicherung vor dem tatsächlich drohenden Zusammenbruch zu retten. Werden diese notwendigen und unaufschiebbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßregeln von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an Vorbereitungen anknüpfen müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichten, um Kassen und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über sie hinauszugehen. Es sind infolgedessen weitere Abstriche am Reichshaushalt, sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand beschlossen worden. Es muß von der Ausgabenseite her versucht werden, eine Gesundung der Kassen- und Finanzlage herbeizuführen. Denn die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen.

Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen.

Das bringt zwangsläufig auch scharfe Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialversicherungen mit, deren Existenz jetzt auf dem Spiele steht.

Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialgesetzgebung nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt. Die Reichsregierung, deren soziale Gesinnung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung die mit der Schöpfung des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches begonnenen sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in dieser Stunde äußerster Not an das Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen neue harte Anforderungen gestellt werden müssen.

Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringendsten Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders, daß sie

nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten.

Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß unter Ausschaltung künstlicher Experimente neu zu befruchten. **Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen. Darüber hinaus hält es die Reichsregierung angesichts der ungeheuren Wirtschaftsnot für ihre unabstreitbare Pflicht, die Wirtschaftsenergien des eigenen Landes zu mobilisieren und in erhöhtem Maße für die Verwertung der brachliegenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen.** Die Regierung wird alles daransetzen, um neben der Pflege des Güteraustausches der Länder untereinander durch eine zielbewußte Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der Siedlung und der bäuerlichen Veredelungswirtschaft die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.

Der Wille des deutschen Volkes, von der Geißel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden, und der Hoffnung der jungen Generation, neue Grundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.

Der Inhalt der Verordnung.

Berlin, 14. Juni. Die neue Notverordnung enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

1. **Eine Kürzung der Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftspensionsversicherung, der Witwen- und Waisenrenten.**

2. Die Einführung einer Gesamthaftung der Invalidenversicherungsträger gegenüber der Reichspost sowie der Länder gegenüber der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

3. **Eine Ermächtigung an die Reichsregierung, durch besondere Maßnahmen, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung in der Sozialversicherung zu erzielen.** Auf Grund dieser Ermächtigung wird in den nächsten Tagen eine Ausführungsverordnung ergehen, die die angekündigten Kürzungen der Bezüge aus der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge und der Erwerbslosenfürsorge enthält.

4. **Eine Kürzung der kinderlosen Leichtbeschädigten sowie Einstellung der Kinderzulagen und Waisenrenten nach Vollendung des 15. Lebensjahres.**

5. **Einen neuen Plan für die Arbeitslosenhilfe. Der Gesamtzuschuß für die Gemeinden wird auf 672 Millionen beschränkt.** Ferner wird die Wohlfahrtshilfe des Reiches für die Gemeinden neu geregelt, unter anderem durch Neuregelung des Begriffes der Wohlfahrtserwerbslosen und durch Einführung einer Art Haushaltszwanges für die Gemeinden. Die Gemeinden sollen die Wohlfahrtshilfe von einem bestimmten Stichtag ab nur erhalten, wenn sie bestimmten in der Notverordnung ausgeführten haushaltsrechtlichen Bestimmungen entsprochen haben. Um das zu ermöglichen, wird eine Aenderung des Finanzausgleichs zuungunsten der Gemeinden durch die Länder verboten. Endlich wird hier die Schlüsselung der Wohlfahrtshilfe für die Gemeinden neu geregelt.

6. **Es wird eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe ab 1. Juli eingeführt, die 1½ v. H. für alle Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt. Die Abgabe steigert sich bei den höheren Einkommen bis auf 6,5 v. H. Dafür fällt die Krisenlohnsteuer fort.**

7. Bei der **Umsatzsteuer** fällt die Freigrenze, die bis jetzt 5000 RM. beträgt, fort.

8. Es wird eine **Salzsteuer** von 12 Pfg. pro Kilo eingeführt. Die Krisensteuer von den Veranlagten wird jedoch noch einmal im Januar 1933 erhoben.

9. Die Höhe der **Aufbringungsumlage der Industriefirmen** wird für 1932 auf die Hälfte **herabgesetzt.**

10. Die **Kirchensteuer** wird unbeschränkt pfändbar gemacht.

11. In der Frage der **Arbeitsbeschaffung** werden Ermächtigungen für Förderung des Straßenbaues, des Wasserbaues und landwirtschaftliche Bodenverbesserungen gegeben. Der freiwillige Arbeitsdienst soll ausgebaut werden. Für Darlehen, die für Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen und die Teilung von Wohnungen bestimmt sind, werden Zuschüsse gegeben sowie Zinsbürgschaften.

12. Ferner wird eine ganze Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz und der Verwaltung vorgesehen, die eine Verbilligung des Verfahrens darstellen. Außerdem wird eine Reihe von Maßnahmen über die Verlängerung der Schutzmaßnahmen bezüglich der Zwangsvollstreckung getroffen.

*

Keine Verlängerung der Bürgersteuer.

Berlin, 14. Juni. **Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Bürgersteuer, deren letzte Rate Ende Juni fällig ist, nicht verlängert. Die Gemeinden hatten die Reichsregierung um die Ermächtigung gebeten, die Bürgersteuer in der bisherigen Form weitere sechs Monate lang zu erheben. Die Reichsregierung hat sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß die Gemeinden durch den ihnen gemäß der neuen Notverordnung vom Reich zufließenden Betrag von 670 Millionen Mark statt 230 Millionen Mark im Vorjahre in ihren Wohlfahrtsleistungen eine derartige Entlastung erfahren, daß sie ohne Bürgersteuer auskommen müssen.**

*

Die Notverordnung unterzeichnet.

Berlin, 14. Juni. Der Reichspräsident von Hindenburg hat am Dienstag nachmittag die erste Notverordnung der Regierung von Papen unterzeichnet.

Veröffentlichung der politischen Notverordnung erst am Donnerstag.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die politische Notverordnung über Aufhebung des SA.-Verbots, Neuregelung der Uniformfrage usw. erst am Donnerstag herausgebracht werden können, da es infolge von Arbeitsüberlastung nicht möglich war, diese zweite Notverordnung früher fertigzustellen.

*

Reichsgesetzblatt bringt Abdruck der beiden Notverordnungen.

Berlin, 15. Juni. Das Reichsgesetzblatt Nr. 35 vom 15. Juni bringt die beiden Verordnungen des Reichspräsidenten über Arbeitslosenhilfe usw. und über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und Verwaltung.

Der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtetag zur neuen Notverordnung.

Berlin, 15. Juni. Der Deutsche Städtetag weist im Hinblick auf die neue Notverordnung darauf hin, daß der Fehlbetrag der deutschen Städtehaushalte für das Jahr 1933 die Summe von 750 Millionen Reichsmark erreichen würde. Die Erhöhung der Reichshilfe von 230 Millionen auf 680 Millionen, also um 450 Millionen, bringe zwar eine fühlbare Erleichterung, jedoch verblieben von dem genannten Fehlbetrag immer noch 300 Millionen Reichsmark, die durch Einsparungen an den Ausgaben nicht aufgebracht werden könnten. Auch die Erhöhung der Einnahmen sei durch die Realsteuersperre nur in beschränktem Maße möglich, so daß auf die Bürgersteuer wohl nicht verzichtet werden könne.

*

Wahl des preußischen Ministerpräsidenten am 22. Juni.

Berlin, 15. Juni. Der Aeltestenrat des preußischen Landtages beschloß heute vor Beginn der Vollsitzung, die Aussprache über die Anträge auf Aufhebung der preußischen Notverordnung und über die nationalsozialistischen Amnestiegesetzentwürfe am Donnerstag nachmittag zu Ende zu führen und im Anschluß daran die Abstimmung vorzunehmen. An der Aussprache über die Notverordnung wird sich auch der geschäftsführende Finanzminister Klepper beteiligen. Im übrigen wurde beschlossen, daß der Landtag zum Mittwoch, dem 22. Juni, wieder einberufen werden soll zur Vornahme der Wahl des Ministerpräsidenten. Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum haben in dieser Frage auch jetzt noch nicht stattgefunden.

*

Rundfunkrede des neuen Reichsarbeitsministers.

Berlin, 14. Juni. Zu der bereits angekündigten Rundfunkrede des neuen Reichsarbeitsministers teilt der Drahdag mit: In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde spricht am Mittwoch um 19 Uhr Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl einführende Worte, worauf Arbeitsminister Hugo Schäffer über den sozialpolitischen Inhalt der neuen Notverordnung sprechen wird. Beide Gespräche werden von sämtlichen deutschen Rundfunk-Gesellschaften übertragen.

Die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien für Wahlsendungen.

Berlin, 15. Juni. Der Erlaß des Reichsinnenministers v. Gayl über den Gebrauch des Rundfunks durch die politischen Parteien wird im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht. Er sieht eine Regelung für die letzte Woche vor den Wahlen vor. **Sämtliche Reichstagsparteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, dürfen in der letzten Wahlwoche den**

In Erpresserhand.

Roman von Gertrud von Brockdorff.

7] (Nachdruck verboten.)

Sein ungläubiger Blick nötigt ihr ein Lächeln ab.

„Ich werde morgen vormittag Erkundigungen einziehen, wieviel so eine Reise nach Kanada kostet. Ich habe einige Ersparnisse gemacht, ich besitze vielleicht auch ein wenig Kredit."

Ein Zucken läuft über das Gesicht des Mannes.

„Nein, Fräulein Liane. Niemals, niemals."

„Es gibt einen anderen Weg. Denken Sie sich, Sie sind auf einer einsamen Insel. Wollen Sie das Schiff davonfahren lassen, das Sie retten könnte?"

Sie steht neben ihm und streicht in scheuer Liebkosung über seine Schulter.

Wellenkamp greift nach ihrer Hand und hält sie fest.

„Sie sind ein Rätsel, kleine Liane. Warum tun Sie mir das alles? Warum nehmen Sie so vieles auf sich, um mich zu retten?"

Sie sieht ihn nicht an.

„Ich muß Sie retten," flüstert sie mit zitternden Lippen. „Es ist mein Schicksal, daß Sie vor meine Tür geschleudert wurden."

Etwa eine Viertelstunde nach Einbruch der Dunkelheit treten ein Mann und ein junges Mädchen aus einer Haustür. Sie flüstern miteinander und gehen Arm in Arm wie ein Liebespaar. Das Mädchen trägt einen nicht mehr ganz modernen, dunkelblauen Mantel. Ein schlichtes, schwarzes Baskenmützchen ist tief in ihre Stirn gezogen. Der Mann hält in der Linken einen Geigenkasten und scheint ein Musiker zu sein. Er hinkt ein wenig, und das Mädchen muß ihn beim Gehen stützen. Der Polizeibeamte, der die Straße noch immer beobachtet, sieht, daß der Mann ziemlich langes, schwarzes Haar hat, das in straffen Strähnen über den Mantelkragen fällt. Die Gläser einer schwarzgeränderten Brille funkeln unter dem breiten Schlapphut.

Der Beamte weiß, daß in dem Hause Nr. 22 der kriegsbeschädigte Geiger Bernhard Weinholt wohnt und polizeilich gemeldet ist. Er läßt das Pärchen vorbeigehen, ohne im mindesten Verdacht zu schöpfen.

* * *

Das junge Mädchen im blauen Mantel kehrt nach anderthalb Stunden zurück. Es hält ein verschnürtes Paket im Arm, an dem es ziemlich schwer zu tragen scheint.

Der Beamte von vorhin ist inzwischen abgelöst worden.

Liane Deventer stößt im Hausflur auf einen untersetzten, breitschultrigen Mann, der wie ein Polizist in Zivil aussieht und sie unangenehm scharf fixiert. Sie erblaßt und fährt zusammen. Der Mann geht ohne Gruß an ihr vorüber. Er verläßt das Haus jedoch nicht, wie

Er bleibt im Flur stehen und zählt die Stufen, die Liane zurücklegt.

es ursprünglich seine Absicht gewesen ist. Er bleibt im Flur stehen, zählt die Stufen, die Liane zurücklegt.

„Dritter Stock," flüstert er halblaut vor sich hin, als er ihren Schlüssel im Schloß schnappen hört. „Dritter Stock links."

Erst jetzt tritt er auf die Straße, wartet, bis er im dritten Stock zwei Fenster hell erleuchtet sieht. Gleich darauf erhellen sich zwei weitere Fenster. Ein schmaler Schatten huscht aufgeregt hin und her. Nach einer Weile erlischt das Licht der beiden rechts gelegenen Fenster. Nun scheint auch der Schatten endlich zur Ruhe gekommen zu sein.

Der Mann geht mit schweren Schritten vor dem Hause auf und nieder. Es ereignet sich nichts, das die Bezeichnung des Außergewöhnlichen verdiente. Das einzige wäre wohl, daß gegen 9 Uhr eine beleibte, etwa fünfzigjährige Frau und ein junger, schwarzhaariger Mensch auf die Haustür zusteuern.

Die beiden Fenster rechts erhellen sich zum zweiten Male.

„Sie war also allein in der Wohnung," denkt der Beobachter auf der Straße, während oben Frau Weinholt Liane Deventer von einem mißglückten Ausflug und einem umgeknickten Fuß erzählt, der schuld daran war, daß für die Heimfahrt schon der frühere Zug benutzt werden mußte.

Liane steht in der Weinholtschen Wohnstube. Etwas in ihr zittert unaufhörlich, obwohl nicht der geringste Grund dafür vorhanden ist. Alle Sachen sind wieder an ihrem Platze; der Schrank ist abgeschlossen; der Schlüssel hängt am Schlüsselbrett.

„Sie sind ja so blaß, Fräulein Liane," sagt die dicke, gutmütige Frau Weinholt. „Was haben Sie denn angestellt? Haben Sie den ganzen Tag hier oben in Ihrer Stube gehockt?"

„Nein, ich bin ein Stündchen spazieren gewesen. Ich hatte Kopfschmerzen. Vielleicht habe ich mich erkältet. Mir ist auch jetzt noch nicht ganz gut."

Liane spricht hastig und nervös. Bernhard Weinholt hat den Kopf erhoben und sieht sie an. Er sagt kein Wort, aber er scheint dem nachschwingenden Klang ihrer Stimme zu lauschen. Er hat ein weißes, durchsichtiges Gesicht, seine Augen sind ganz dunkel. Es steht auf einmal ein ganz sonderbares Grübeln in diesen Augen.

„Sie ist heute anders als sonst," sagt Bernhard Weinholt leise, nachdem die Tür sich hinter Liane geschlossen hat. „Vielleicht ist sie wirklich krank."

Er steht schwerfällig auf; er geht langsam und schleifend durch den Korridor; er zögert dabei und streicht noch einmal leise und zärtlich über die weiße Tür, die Lianes Zimmer verschließt.

(Fortsetzung folgt.)